

**Beiträge ÖkoLinX-ARL**

## **Wortprotokoll**

**über die**

**14. Plenarsitzung**

**der Stadtverordnetenversammlung**

**am Donnerstag, dem 20. Juni 2002**

**(15.23 Uhr bis 23.18 Uhr)**

Frage Nr. 334.....	19
Stadtverordnete Claudia Volpp, FAG:.....	19
Stadtrat Dr. Hans-Bernhard Nordhoff:.....	19
Frage Nr. 342.....	6
Stadtverordnete Rosemarie Schubert, REP: .....	6
Bürgermeister Joachim Vandreike:.....	6
Frage Nr. 343.....	19
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:.....	19
Stadtrat Dr. Hans-Bernhard Nordhoff:.....	19
Frage Nr. 345.....	16
Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:.....	17
Stadtkämmerer Horst Hemzal:.....	17
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 326.....	21
Stadtverordneter Dr. Giesbert Schulz-Freywald, FAG:.....	21
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:.....	22
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	23
Stadtverordneter Hans Busch, SPD: .....	24
Stadtverordneter Marcus Bocklet, GRÜNE:.....	24
Stadtverordneter Martin Gerhardt, CDU: .....	26
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 327.....	26
Stadtverordneter Michael Langer, REP: .....	26
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 328.....	27
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:.....	27
Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE:.....	28
Stadtverordneter Gert Wagner, SPD: .....	29
Stadtrat Nikolaus Burggraf:.....	30
<b>Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 329.....</b>	32
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	32
Stadtverordneter Turgut Yüksel, SPD:.....	33
<b>Stadtverordnete Jutta Dittfurth, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>33</b>
Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE:.....	34
Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:.....	35
4. Verabschiedung der Tagesordnung II.....	35
5. Klage gegen eine Nordbahn-Variante zum Ausbau de.....	36
Gemeinsamer Antrag der SPD, der GRÜNEN und der <u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der SPD, der GRÜNEN.....	73
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	36
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU: .....	39
Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE: .....	42
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:.....	44
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:.....	45
Stadtverordneter Klaus Sauer, REP: .....	47
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	48

Stadtv. Wolfgang Hübner, BFF  
 Kürzlich trat im Schauspielhaus die Initiative "Kanak Attak" auf mit dem programmatischen Motto "No integracion - Keine Integration", wobei das Motto, korrespondierend mit Geist und Inhalt der politisch-kulturellen Grundpositionen der Initiative, zweifelsfrei im Sinne von "Nein zur Integration" zu verstehen ist.  
 Ich frage deshalb den Magistrat: Welches Interesse gab es seitens der Stadt, für die gewollte und gelungene Integration eine Schicksalsfrage ist, das hoch subventionierte Schauspiel an die offen integrationsfeindliche Initiative zu vergeben, und wie soll das all denen vermittelt werden, die sich tagtäglich um das Gelingen von Integration bemühen oder die finanziellen Grundlagen der Schauspiel-Subventionierung erarbeiten?

Im Frankfurt Journal stand in einem Vorbericht, folgendes Zitat: „Integration für Kanak Attak meint das nicht Öffnung, sondern Abschottung, nicht Rechte, sondern Pflichten, die den Einzelnen als beständige Aufforderung und Gängelei entgegenschlagen. Das ist der Tenor dieses Kongresses gewesen.“

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Herr Stadtverordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:**  
(fortfahrend)

Es ist mir wie gesagt egal, ob dieser Kongress stattfindet. Aber es ist ein Skandal, dass er in dem hoch subventionierten Schauspiel stattfindet, wo all denen ins Gesicht geschlagen wird, die sich in dieser Stadt um Integration bemühen.

Danke!

(Beifall, Zurufe)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Yüksel, SPD-Fraktion.

**Stadtverordneter Turgut Yüksel, SPD:**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
meine Damen und Herren,  
Herr Hübner!

Demokratie ist immer auch die Demokratie anders Denkender, das gilt auch für die Bereiche Kultur und Kunst.

(Beifall)

Kulturpolitik hat nicht die Aufgabe Kulturschaffenden vorzuschreiben, welche Texte sie benutzen dürfen und welche Inhalte sie schreiben oder sagen dürfen, sondern Kulturpolitik hat die Aufgabe, Kulturschaffenden Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen

die Menschen sich entfalten können. Wenn es so wäre, dürfte Tucholsky nirgendwo in einer Kulturinstitution der Stadt gelesen werden, dann dürfte Matthias Beltz nirgendwo auftreten.

(Beifall)

Im Fall „Kanak Attak“ gilt auch dieser Grundkonsens. „Kanak Attak“ ist ein Zusammenschluss von Menschen aus verschiedenen Kulturen, deren Eltern in diesem Land gearbeitet haben und die alle einen universitären Abschluss haben, die aber mit der einen oder anderen Entwicklung nicht zufrieden sind. Das versuchen sie mit anderen Worten zur Sprache zu bringen, das sollte auch für sie möglich sein. Im Grundgesetz steht, dass eine Zensur nicht stattfindet, das gilt für alle.

(Beifall)

Im Übrigen, Herr Hübner, eine Integration die Sie haben wollen, möchte ich nicht, dazu sage ich nein. Aber Sie haben auch die Freiheit, das auszusprechen, was Sie sagen wollen.

Danke schön!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneten Ditfurth, ÖkoLinX-ARL.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Schönen guten Tag!

Es ist ein bisschen ulkig wie das läuft. Das Selbstverständnis von „Kanak Attak“ ist natürlich kritisch bis gegnerisch gegenüber herrschender Integrationspolitik, eine schwache Verteidigung von Herrn Dr. Nordhoff und auch eine falsche und defensive. Gleiche bürgerliche Rechte zu fordern, von sozialer Gleichheit will ich in diesem Raum heute gar nicht reden, das zu verlangen, widerspricht nicht der Parole „keine Integration“, die ist natürlich ernst gemeint und bedeutet keine

Unterwerfung unter die herrschenden Verhältnisse, das will ich auch nicht. Ein schwaches Bild, dass der Kulturdezernent der Stadt Frankfurt meint, „Kanak Attak“ damit verteidigen zu müssen, indem er sie bis zur Magistratskonformität weich zeichnet. Seine defensive Antwort enthält auch eine andere, ziemlich schäbige, Implikation, nämlich, dass nur Menschen auf Frankfurter Bühnen dürfen, die mit dem Magistrat konform gehen, sonst hätte er es nicht so dusselig verteidigen müssen.

(Heiterkeit)

Dafür gibt es noch andere Indikatoren. Ich erinnere nur daran, dass es kürzlich ein Literaturfestival „Stadt am Fluss“ gab, bei dem der von mir sehr geschätzte Autorenkollege Matthias Altenburg auf einer Pressekonferenz den schönen Satz sagte, dass dies nach 16 Jahren Schriftstellerei in Frankfurt sein erster offizieller Kontakt mit dem Kulturamt sei. Die Frage ist also, welche Bedingungen müssen Künstler und Schriftsteller in Frankfurt erfüllen, um von dem offiziellen Frankfurt wahrgenommen zu werden. Müssen sie Mitglied einer Regierungspartei sein, in die gleiche Kneipe wie der Kulturdezernent gehen, oder mindestens 16 Jahre in Frankfurt leben? Dann hätte ich in den nächsten Jahren Chancen, ich lebe 24 Jahre hier, aber nächstes Jahr sind es 16 Jahre als Autorin.

Ich weiß von vielen Künstlern in Frankfurt, und das ist eine viel weitergehende Zensur als die, von der eben gesprochen wurde, dass der ganze Reichtum an Künstlern in Frankfurt noch gar nicht ausgeschöpft ist. Die Künstler werden von sonst wem eingeladen, aber nicht vom offiziellen Frankfurt.

Also, warum hat Herr Dr. Nordhoff, Herrn Hübner nicht einfach geantwortet: Auf Frankfurter Bühnen dürfen auch Menschen auftreten, die mit der Meinung des Magistrats nicht konform gehen, sofern sie keine rassistischen Positionen vertreten. Es wäre also nicht nötig gewesen, „Kanak Attak“ in ihrer Position zu verfälschen, die sie natürlich haben und sehr gut begründen, keine Integration. Noch treffender wäre gewesen, Herrn Hübner den Spiegel vorzuhalten, kämpft die BFF doch, wie wir inzwischen alle wissen, gegen zweisprachigen muttersprachlichen Unterricht und ist damit überhaupt kein Dis-

kussionspartner in dieser Auseinandersetzung.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Dr. Anders, Fraktion der GRÜNEN.

**Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE:**

Herr Hübner!

Ich habe es vorhin schon einmal gesagt: Gewalt, Sex und Liebe, und zu Gewalt zähle ich beispielsweise auch Rassismus, das sind ganz wichtige menschliche Bereiche. Die beschäftigen uns unabhängig und unablässig. Die Umsetzung in Kunstform ist ungeheuer schwierig und wird ständig versucht, denn niemals findet man eine Lösung dafür. Um so reizvoller ist es für Künstler, und zweitens arbeitet Kunst oft mit Verstörung, mit Provokation, mit schlechtem Geschmack und ist in verschiedenster Form auch politisch und ist niemals eins zu eins zu nehmen, also auch „Kanak Attak“. Ich vermute einmal, Sie waren gar nicht da, es ist eine nicht unmittelbar rassistische Veranstaltung gewesen. Ob das ein Kongress war oder eine kulturelle Veranstaltung, es gehört durchaus in ein Schauspielhaus dieser Stadt, dass man auch mit diesen Themen umgeht. Denn, wenn Sie Ihren Gedanken weiterführen, könnten wir weder Macbeth oder die Tosca aufführen, darin wird nämlich zu Mord aufgefordert.

Danke schön!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Heumann.

Frage Nr. 334.....	19
Stadtverordnete Claudia Volpp, FAG:.....	19
Stadtrat Dr. Hans-Bernhard Nordhoff:.....	19
Frage Nr. 342.....	6
Stadtverordnete Rosemarie Schubert, REP: .....	6
Bürgermeister Joachim Vandreike:.....	6
Frage Nr. 343.....	19
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:.....	19
Stadtrat Dr. Hans-Bernhard Nordhoff:.....	19
Frage Nr. 345.....	16
Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:.....	17
Stadtkämmerer Horst Hemzal:.....	17
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 326.....	21
Stadtverordneter Dr. Giesbert Schulz-Freywald, FAG:.....	21
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:.....	22
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	23
Stadtverordneter Hans Busch, SPD: .....	24
Stadtverordneter Marcus Bocklet, GRÜNE:.....	24
Stadtverordneter Martin Gerhardt, CDU: .....	26
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 327.....	26
Stadtverordneter Michael Langer, REP: .....	26
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 328.....	27
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:.....	27
Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE:.....	28
Stadtverordneter Gert Wagner, SPD: .....	29
Stadtrat Nikolaus Burggraf:.....	30
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 329.....	32
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	32
Stadtverordneter Turgut Yüksel, SPD:.....	33
Stadtverordnete Jutta Dittfurth, ÖkoLinX-ARL: .....	33
Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE:.....	34
Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU: .....	35
4. Verabschiedung der Tagesordnung II.....	35
<b>5. Klage gegen eine Nordbahn-Variante zum Ausbau des Frankfurter Flughafens.....</b>	<b>36</b>
Gemeinsamer Antrag der SPD, der GRÜNEN und der FAG vom 17.05.2002, NR 639	
<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der SPD, der GRÜNEN und der FAG vom 20.06.2002, NR 673	
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	36
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU: .....	39
Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE: .....	42
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:.....	44
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:.....	45
Stadtverordneter Klaus Sauer, REP: .....	47
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	48

Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:	49
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	50
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	51
Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU:	53
Stadtverordnete Elke Tafel, SPD:	55
Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE:	58
Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD:	60
Stadtverordneter Klaus Vowinckel, CDU:	61
Oberbürgermeisterin Petra Roth:	64
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	65
Oberbürgermeisterin Petra Roth:	67
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:	68
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	69
<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:</b>	<b>70</b>
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	71
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	71
Stadtverordneter Günter Dürr, SPD:	73
Stadtverordneter Günter Dürr, SPD:	73
Oberbürgermeisterin Petra Roth:	73
Stadtverordneter Günter Dürr, SPD:	74
6. Bewilligung von Mehrkosten für die Städtischen Bühnen für das Haushaltsjahr 2001	74
Vortrag des Magistrats vom 03.05.2002, M 106	
Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE:	74
Stadtverordnete Elisabeth Haindl, CDU:	77
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	78
Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:	80
Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE:	82
7. Einzelhandel in den Stadtteilen stärken	84
Antrag der GRÜNEN vom 15.05.2002, NR 630	
<u>hierzu:</u> Antrag der REP vom 31.05.2002, NR 651	
Stadtverordneter Jost Arnspurger, FDP:	84
Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, SPD:	85
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:	86
Stadtverordneter Michael Langer, REP:	87
Stadtverordneter Andreas Rust, CDU:	89
Stadtverordneter Hans Busch, SPD:	90
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:	91
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	92
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:	92
Stadtverordneter Jost Arnspurger, FDP:	93

gung getroffen und können zu einem anderen Ergebnis kommen. Sie können aus unserer Sicht trotzdem einen Beschluss zum Schaden der Stadt herbeiführen. Die HGO ermöglicht es, dass die Oberbürgermeisterin noch einmal deutlich macht, wie hier die Positionen zu sehen sind. Sie haben trotzdem das Recht, der Stadt Schaden zuzufügen. Sie haben dafür aber nicht unsere Unterstützung.

Auch ein anderes Argument möchte ich noch einmal gerade rücken, weil immer wieder gesagt worden ist, dass im Raumordnungsverfahren so viel falsch gemacht und manipuliert wurde. Die Aussage von Ihnen, dass die Nichthereinnahme einer Wiederaufforstung der Startbahn West ein Argument sei, dass das gesamte Verfahren ad absurdum führt, ist völlig falsch, denn wenn Sie sich ernsthaft der Diskussion stellen würden, würden Sie sehen, dass wenn Sie sich einmal anschauen wie im Verfahren die mögliche Südvariante gelegen hat oder die mögliche Südvariante liegt, so weit nach Süden gerückt, um entsprechend auch Zeppelinheim so weit wie möglich zu verschonen, sehen Sie, dass der Bereich, der überhaupt noch zur Aufforstung übrig bleibt, nur noch der kleine Zipfel im unteren Bereich ist und dass der eigentliche Waldverlust auch in der Variante, so wie Sie es jetzt propagieren, auch nicht mehr so weit aufzufrischen wäre. In dieser Relation noch von Bannwald zu sprechen ist nicht mehr möglich.

(Beifall)

Von daher freut es mich, dass die Oberbürgermeisterin angekündigt hat, gegebenenfalls - wenn dieses Votum heute zu Stande kommt -, hier entsprechend nach § 63 HGO zu handeln. Das ist der richtige Weg, um deutlich zu machen, was zum Wohle der Stadt richtig wäre. Ich appelliere letztmalig an die Kolleginnen und Kollegen der SPD, weil diese noch die Möglichkeit haben, das Votum zu ändern. Gehen Sie trotz aller Beschlüsse in den Ausschüssen in der abschließenden Votierung von Ihrer bisherigen Votierung ab, treten Sie von den Anträgen zurück und sagen Sie, dass Sie einen Fehler gemacht haben. Dann hätten Sie mehr gewonnen, als wenn Sie daran festhielten.

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Jost Arnsperger:**

Vielen Dank, Herr Becker! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Ditfurth, ÖkoLinX-ARL.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Hallo!

Irgendjemand hat vermutet, dass ich mich melde, weil Herr Becker irgendetwas gesagt haben soll. Das habe ich leider nicht gehört, weil es zu viele Zwischenrufe gab.

Ich melde mich, um die SPD zu verteidigen,

(Beifall, Zurufe)

nämlich gegen die völlig absurde Unterstellung, es könne sich bei der SPD-Fraktion um Flughafenausbaugesegner handeln. Das ist nicht so, da kann ich Sie beruhigen.

(Heiterkeit)

Was Sie heimlich denken oder träumen kann hier egal sein. Ein politischer Mensch muss das laut sagen. Völlig klar ist doch, da brauchen Sie gar nicht zu verzweifeln, die SPD ist selbstverständlich für den Ausbau des Flughafens, wenn auch in anderen Variationen als Sie. Lieber Krebs, Lärm und andere Gesundheitsschäden in Kauf zu nehmen, als am Fetisch Wachstum zu kratzen. Nach dem Motto: Lieber einen Arbeitsplatz haben und krebskrank sein, als glücklich und arbeitslos zu sein. Unabhängig davon, dass das Ganze auch ein Strukturproblem ist, nämlich die Arbeitsplätze, die dort angeblich geschaffen werden, werden woanders abgezogen, was das Problem für Anregungen ist. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf sämtliche Reden, die ich in diesem Hause zu diesem Thema schon gehalten habe. Ich werde sie nicht wiederholen, ich finde diese Debatte ziemlich langweilig, weil es so viel Bauerntheater ist und nur noch eines anfügen: Alle diejenigen, die gegen jede Form einer später legalisierten Ausbauerweiterung des Flughafens sind, oder dem illegalen, der auf dem

Gelände längst schon heimlich stattgefunden hat, werden sich in zwei bis drei Jahren schätzungsweise im Wald und auf der Straße wiederfinden, und nur auf die ist zu zählen. Da werden vielleicht auch ein paar Sozis dabei sein, aber sicher nur eine Minderheit aus diesem Hause. Also Beruhigung, Herr Becker.

(Zurufe)

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Jost Arnsperger:**

Vielen Dank, Frau Ditzfurth! Das war die letzte Wortmeldung. Wollen Sie noch etwas sagen?

(Heiterkeit)

Ich schließe die Aussprache.

(Zurufe)

**Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:**

Ich möchte nur etwas zur Abstimmung sagen. Die CDU-Fraktion beantragt an diesem Punkt namentliche Abstimmung.

(Beifall)

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Jost Arnsperger:**  
(fortfahrend)

Herr Oesterling!

**Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:**

Da uns umgekehrt interessiert, ob der Kollege Heumann genauso votiert wie seinerseits bei seinem Antrag im CDU-Parteitag, beantragt die SPD-Fraktion ebenfalls namentliche Abstimmung.

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Jost Arnsperger:**  
(fortfahrend)

Das ist wunderbar.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, wir haben zwei verschiedene Vorlagen über die wir abzustimmen haben. Zunächst steht die Vorlage NR 673 als Ergänzungsantrag zur Abstimmung. Danach lasse ich über die Vorlage NR 639 abstimmen. Ich gehe davon aus, dass bei beiden Fraktionen die namentliche Abstimmung sowohl für den einen, wie für den anderen Antrag gedacht ist.

(Zurufe)

Herr Becker, ist die namentliche Abstimmung sowohl beantragt für die Vorlage NR 673 als auch für die Vorlage NR 639?

(Zurufe)

Wir können auch beide zusammen aufrufen.

Es gibt noch eine Zwischenfrage.

**Stadtverordneter Volker Stein, FDP:**  
(Zwischenfrage)

Ich habe einen Antrag zum Verfahren zu machen. Ich gehe davon aus, dass es, was die Mehrheiten betrifft, keine Unterschiede zwischen den beiden Vorlagen geben wird, so dass wir also über beide Vorlagen zusammen abstimmen können.

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Jost Arnsperger:**

Das ist gerade schon vorgelegt worden. Sind alle damit einverstanden, dass wir über beide Vorlagen gemeinsam abstimmen? (Geschieht). Ist jemand dagegen? (Geschieht). Nein.

Ich lese jetzt zunächst vor, wie die Fraktionen votiert haben. Ich bitte ein wenig um Ruhe.

Zur Vorlage NR 673 haben im Vorfeld in den Ausschüssen die Fraktionen wie folgt votiert: SPD, GRÜNE, FAG, REP mit Annahme, CDU und FDP mit Ablehnung, PDS und ÖkoLinX-ARL haben bisher noch nicht votiert. Für die Vorlage NR 639 haben SPD, GRÜNE, FAG, REP, PDS und E.L. mit Annahme votiert, CDU und FDP mit Ablehnung, ÖkoLinX-ARL hat noch gar nicht votiert.



8. Resolution: Frieden für Palästina.....	94
Antrag der REP vom 15.05.2002, NR 631	
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....	94
Stadtverordneter Michael Langer, REP: .....	97
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	98
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:.....	98
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....	99
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....	101
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS: .....	101
Stadtverordneter Peter Feldmann, SPD: .....	102
Stadtverordneter Günter Dürr, SPD:.....	103
9. Neue Fördermaßnahmen an Frankfurter Schulen .....	104
Bericht des Magistrats vom 02.04.2002, B 372	
Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.: .....	104
Stadtverordnete Dr. Rosa-Maria Liguori Pace, SPD:.....	106
Stadtverordnete Hella Welker, CDU: .....	108
Stadtverordnete Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, CDU: .....	110
10. Städtische Unterstützung beim Kampf um Lärmschutz an den Autobahnen.....	114
Antrag der SPD vom 20.03.2002, NR 577	
11. Für einen neuen Aufschwung in der Frauenpolitik in Frankfurt am Main Wann werden Ergebnisse vorgelegt? .....	114
Bericht des Magistrats vom 08.02.2002, B 157	
<u>hierzu:</u> Antrag der GRÜNEN vom 29.04.2002, NR 607	
<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 22.05.2002, NR 645	
12. Unerledigte Drucksachen gemäß § 18 Absatz 1 Satz 3 der Geschäftsordnung.....	114

-----

nebeneinander gibt, dort muss man fußläufig sein. Man muss einerseits das Prinzip durchschauen, aber man muss auch überlegen. Für jeden Stadtteil gibt es eine eigene Lösung. Die Lösung für einen Stadtteil wie beispielsweise Höchst bedeutet, dass in der Königsteiner Straße die Leute halten können. Sie können es nicht. Ebenso in Heddernheim oder in Rödelheim. Dort müssen diese unendlich störenden Durchgangsstraßen um die Stadt herumgeführt werden. Das sind stadtplanerische Fehler, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, die wir jetzt nicht durch subventionierte Mieten aufholen können.

Danke schön!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Herr Arnspenger! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich schließe die Aussprache. Im vorliegenden Fall lasse ich zur Verdeutlichung des Sachverhaltes über die Vorlagen abstimmen. Zunächst steht die Vorlage NR 651 als Änderungsantrag zur Abstimmung, danach lasse ich über die Vorlage NR 630 abstimmen. Die Fraktionen haben wie folgt votiert: NR 651: CDU, SPD, GRÜNE, FDP, FAG, PDS, ÖkoLinX-ARL und E.L. auf Ablehnung, Republikaner und BFF auf Annahme. NR 630: CDU, SPD, GRÜNE, PDS, ÖkoLinX-ARL und E.L. auf Annahme. Republikaner und BFF auf Annahme im Rahmen NR 651, FDP und FAG auf Ablehnung. Ich lasse nun über die Vorlage NR 651 abstimmen und frage nach Zustimmung? (Geschieht). Republikaner, eine Stimme der PDS und BFF auf Annahme. Ablehnung? (Geschieht). FDP, CDU, GRÜNE, SPD, FAG, E.L. und ÖkoLinX auf Ablehnung. Enthaltung? (Geschieht). Eine Stimme der PDS auf Enthaltung. Damit ist der Antrag NR 651 abgelehnt. Ich lasse nun über die Vorlage NR 630 abstimmen. Wer dieser Vorlage zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht). CDU, GRÜNE, SPD, PDS, ÖkoLinX-ARL und E.L. auf Annahme. Ablehnung? (Geschieht). FAG, FDP, Republikaner und BFF auf Ablehnung. Enthaltung? (Geschieht). Keine. Dann ist dem Antrag NR 630 zugestimmt und ich schließe den Tagesordnungspunkt.

**Tagesordnungspunkt 8.**

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8., Frieden für Palästina, auf. Wir behandeln die Vorlage NR 631 der Republikaner-Fraktion mit dem Betreff "Resolution: Frieden für Palästina." Die Republikaner haben den Antrag gestellt, über diesen Antrag nur abzustimmen. Frau Stadtverordnete Ditfurth stellt den Antrag, zu diesem Antrag reden zu dürfen. Er steht auf Tagesordnung I. Frau Ditfurth, Sie haben das Wort.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Guten Abend!

(Zurufe)

Danke für die Zurufe. Ich werde es weder kurz, noch gnädig machen. Es geht nicht, dass in diesem Parlament antisemitische Anträge gestellt, auf die Tagesordnung gehievt, dann halb wieder herunter genommen, nicht debattiert werden und der Rest schweigt. Das geht nicht.

(Beifall)

Das meiste von den Republikanern, das ist richtig, kann ignoriert und sollte ignoriert werden, gar keine Frage. Aber ich finde nicht, dass dieses Parlament es zulassen kann, dass sich in der Geschichte, in der Chronologie und in den Protokollen dieses Parlamentes Rechtsextreme antisemitisch äußern können. Das ist inakzeptabel. Ich fordere also die CDU, die SPD, die FDP und die GRÜNEN, sowie die FAG und alle anderen auf, gefälligst zu diesem Tagesordnungspunkt, zu diesem spezifischen Antrag der Republikaner, Stellung zu nehmen. Die sind im Parlament und wir haben uns wenigstens gelegentlich mit ihnen, so hart wie notwendig, auseinander zu setzen. Wenn Sie es nicht tun, dann mache ich es eben alleine. Der Antrag NR 631 der Republikaner ist antisemitischer Dreck, und ich werde das gerne begründen.

Die Halbnazis von den Republikanern missbrauchen ihre vermeintliche „volle Solidarität mit dem palästinensischen Volk“, mit einem ganzen Volk, das heißt mit allen politischen Strömungen, die sich darin befinden, um nichts als nackten, wenn auch verkleideten, Antisemitismus vorzutragen.

Wenn die rechtsextremen Republikaner vom Selbstbestimmungsrecht der Völker reden, meinen sie nichts anderes als völkische Selbstbestimmung. Es geht ihnen nicht um die Befreiung und Emanzipation des Menschen in einer bestimmten Region, beziehungsweise auf einem bestimmten Staatsgebiet. Natürlich thematisieren die autoritären Charaktere der Republikaner nicht die Aufhebung von Herrschaftsverhältnissen, wie sie sowohl im Verhältnis des Staates Israel zur palästinensischen...

(Zurufe)

Vielleicht können Sie Ihre Fraktionsverhandlungen draußen führen, dieses Parlament tagt noch. Das ist ein Tagesordnungspunkt, der auf der Tagesordnung I steht und alles Weitere ist inakzeptabel, wenn Sie versuchen, das durch Lautstärke zu unterminieren, dass dies hier eine Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus ist. Das fällt dann auf Sie zurück.

(Zurufe)

...Autonomiebehörde als auch innerhalb der israelischen Klassengesellschaft - die Unterschicht Israels besteht vorwiegend aus Palästinenserinnen und Palästinensern und aus Juden orientalischer Herkunft - und von Herrschaftsverhältnissen, wie sie innerhalb der palästinensischen und in den besetzten Gebieten existieren.

Die Republikaner sagen nicht: Für einen eigenen palästinensischen Staat bei gleichzeitiger - und so wäre es korrekt - Verteidigung des Existenzrechtes des Staates Israel, das muss bedingungslos verteidigt werden. Das wäre die korrekte Forderung. Ihre Definition der Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes schließt, vollständig unerwähnt und vollständig unkritisiert, alle Strömungen ein bis hin zu den fanatisch-religiösen Rechtsaußen-Gruppierungen, die es unter den Palästinenserinnen und Palästinensern eben auch

gibt und die unter den sozialen Verhältnissen der Unterdrückung ständig anwachsen.

Wenn die Republikaner-Halbnazis, und das „halb“ sage ich nur aus juristischen Gründen, vom Selbstbestimmungsrecht der Völker reden, enthält ihre Definition des Selbstbestimmungsrechts explizit keine Beziehung zur Emanzipation des Individuums, sondern ist nichts als braun gefleckter ethnopluralistischer Jargon und knüpft historisch und ideologisch an die durch den arischen Blutstropfen definierte deutsche Volksgemeinschaft an.

(Zurufe)

Dass Sie nicht mitkommen, kann ich mir gut vorstellen. Sie sollten sich einmal in Ihrem Leben mit diesem Thema wirklich beschäftigen. Das habe ich bei Ihnen noch nie erlebt.

Im völkischen Selbstbestimmungsrecht gibt es keine Klassen mehr, keine Herrschenden und keine Beherrschten, nur noch völkische Gemeinschaften als Subjekte. Dieser Ansicht war in der deutschen Geschichte auch schon die nationalrevolutionäre, die so genannte Strasser-Fraktion der NSDAP.

Die Republikaner verlangen in ihrem Antrag eine Arbeitsgruppe, die eine Informationsveranstaltung mit einem gewissen Herrn Möllemann vorbereiten soll, ein - wie sie behaupten - fundierter Kenner des Nahen Ostens. Er macht dort Geschäfte. Das gibt ihm ein durch seine ökonomischen Interessen stark begrenztes Teilwissen.

Wenn die FDP zigmal einen gewissen Herrn Haider nach Bad Homburg, und wenn ich mich recht erinnere, auch nach Stuttgart - Bad Cannstatt, eingeladen hat, ich kenne die Orte nur, weil ich dort gegen Haider und in diesem Falle gegen die FDP demonstriert habe, dann können die Republikaner natürlich auch Herrn Möllemann einladen. Immerhin ist Herr Möllemann einer, der mit antisemitischem Brandstiften Bundesminister werden will. Das ist sein unverfrorenes Kalkül. Möllemann hat sich selbst zum germanischen Helden stilisieren wollen, indem er vorgab, in Deutschland dürften Juden nicht kritisiert werden. Das ist eine unverschämte Lüge. Sein einziger Beleg war, dass Michel Friedman und Paul Spiegel Meinungen wie seiner

widersprechen. Möllemann hat noch mehr getan und dazu Unverzeihliches: Er hat behauptet, Menschen wie Friedman und Spiegel schürten den Antisemitismus, weil Michel Friedman in irgendwelchen Talkshows oder Interviews die Klappe aufreißt. Na und? Es ist eines der ältesten und zugleich widerwärtigsten, antisemitischen Stereotypen, zu behaupten, die Juden seien selbst schuld am Antisemitismus.

(Beifall)

Was lernen wir daraus: Der deutsche Antisemit ist ein tapferer Held, er kritisiert sogar Juden, wenn ihm - was denn eigentlich bitte - droht? Zweitens: Deutsche Antisemitinnen und Antisemiten brauchen und brauchten noch nie Juden, um Antisemitinnen und Antisemiten zu sein.

Wenn ich als Linke die SPD-GRÜNE-Bundesregierung scharf kritisiere, was ich mit Genuss tue, werde ich als linke politische Journalistin in meiner Berufsausübung in den führenden rot-grünen Medien dieser Stadt und in diesem Land zensiert. Das ist so. Wer zensiert Möllemann? Welches Risiko droht ihm? Keines. Im Gegenteil: Jubel, Tapferkeitsmedaillen. Meine Güte, ein wahrer germanischer Held.

Ich habe mich letztes Jahr mit Paul Spiegel auseinandergesetzt, weil er sich an der Remilitarisierung Deutschlands beteiligt, weil er ausgerechnet beim Bundeswehrgelöbnis am 20. Juli 2001 im Bendlerblock in Berlin die Festrede hielt. Ich habe mich in früheren Jahren mit Ignatz Bubis gestritten, weil mich seine Kapitalismusgläubigkeit nervte, und ich habe ihn hoch geschätzt, als er sich scharf gegen Antisemitismus und Rassismus wehrte, als er einer der wenigen etablierten Menschen in diesem Land war, der wirklich voller Leidenschaft auch gegen die rassistischen und mordgierigen Angriffe auf Asylsuchende und besonders Roma in Rostock und anderswo Stellung bezog.

(Beifall)

Möllemann suggeriert, wer Juden kritisiert, wird hier in diesem Land verfolgt. Ganz anders: Fakt ist, wer zum Beispiel Michel Friedman auf antisemitische Weise kritisiert, wird in diesem Land offensichtlich belohnt.

Vielleicht geht die Rechnung auf und zum Beispiel einige der rassistischen Täter von Rostock oder Hoyerswerda wählen jetzt FDP. Damit müssen Sie fertig werden. Sie haben es nicht anders gewollt. Ich schlage vor, die Republikaner laden neben Möllemann noch Martin „Auschwitzkeule“ Walser zu der Veranstaltung ein.

Ich sah damals, gemeinsam mit Freunden, im Fernsehen Walsers Rede in der Paulskirche und uns wurde schlecht. Nicht, weil uns Walser überrascht hätte, die nationale Frage war immer die Schleimspur, auf der vermeintliche frühere Linke wie er nach rechts abgestürzt sind. Ich sehe heute noch die Bilder aus der Paulskirche vor mir, den erschüttert dasitzenden Ignatz Bubis mit seiner Frau, niedergeschlagen und einsam. Daneben die jubelnden Vertreterinnen und Vertreter der vier großen Parteien CDU, SPD, FDP - waren GRÜNE dabei? -, die stehend und begeistert der „Auschwitzkeule“ zujubelten. Schauen Sie sich die Fotos aus der Paulskirche an, ich habe es vor kurzem getan, und sehen Sie die jubelnden, lachenden Gesichter und wie Bubis dasitzt. Dummheit? Promigeilheit? Blanker Antisemitismus? Ich weiß es nicht und letztendlich ist es auch egal. Vielleicht könnte Joseph Fischer, der glühende Fan des Antisemiten und Kriegeverherrlichers Ernst Jünger, zu einer solchen Veranstaltung eingeladen werden.

Als wir, damals noch als GRÜNE, 1982 verlangten, dass Ernst Jünger den Goethepreis nicht erhält - wir wollten keine Zensur seiner Werke, sondern eine Auseinandersetzung über sein Gedankengut und keine Würdigung durch den Goethepreis - entfachten wir eine Debatte quer durch das Land.

Nun zu den Pöbeleien hier vorne aus den Bänken von einigen Figuren der CDU. Der Verdacht kommt auf, dass Sie das Gedankengut, über das ich hier spreche und welches ich kritisiere, unterstützen, weil Sie sonst nicht so neurotisch und merkwürdig reagieren würden. Sonst würden Sie zuhören und dann mit mir darüber streiten, wie man Antisemitismus bekämpft. Aber darum geht es Ihnen gar nicht.

(Zurufe)

Herr Daum, auch Sie haben damals bei allen Antisemitismusdebatten in diesem Haus bisher versagt.

(Zurufe)

Ich nehme zur Kenntnis, dass das Präsidium nicht dafür sorgt, dass ich in Ruhe reden kann, aber auch das nehme ich nur zur Kenntnis.

Ich werde nicht vergessen, dass Christian Raabe, damals nicht gerade ein SPD-Linker in der Zeit als wir als GRÜNE, zu denen ich damals noch gehörte, noch wie Aussätzige behandelt wurden, uns in der Jünger-Debatte zur Seite sprang und leidenschaftlich mit uns gegen den Antisemiten Ernst Jünger kämpfte, der geklagt hatte: „Der Stoß gegen die Juden sei stets viel zu tief angesetzt gewesen.“ Mit diesem und vielen anderen ähnlichen Zitaten bekam Ernst Jünger damals den Preis verliehen. Ich bin gleich fertig.

Warum Fischer mit Möllemann und Walser auf eine solche Veranstaltung? Lesen Sie die Debatte von 1982 nach. Fischer, damals seine Karriere in den Gründen vorbereitend, verteidigte Jünger glühend, zum Beispiel mit einer Rede in der Batschkapp: „Sowohl Ernst Jünger als auch Carl Schmitt galten als eine Art intellektueller Geheimtipp, es waren Faschisten, zweifellos, dennoch las man sie mit großem Interesse.“

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Frau Ditfurth, Ihre Redezeit ist zu Ende. Ich bitte Sie darum, zum Ende zu kommen.

(Beifall)

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-  
ARL:**  
(fortfahrend)

Ich finde es bemerkenswert, dass Sie zu diesem Thema nichts zu sagen haben. Ich melde mich gleich noch einmal.

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Langer.

**Stadtverordneter Michael Langer, REP:**

Da können wir nicht einfach so debattenlos zur Abstimmung schreiten. Manchen Leuten geht es um eine Show und anderen geht es um die Sache. Frau Ditfurth hat diesen Antrag hervorragend zur Plattform dafür genommen, sich mit der Gegenwart des Jürgen W. Möllemann, der Vergangenheit des Joschka Fischer und der Vergangenheit des Ernst Jünger zu befassen, vielleicht kommen wir beim nächsten Antrag dann auch noch ein Stück weiter in der Geschichte. Aber zu dem, was wir eigentlich wollten, haben Sie nicht gesprochen. Ganz im Gegenteil: Es waren doch gerade früher zumindestens immer die GRÜNEN und immer die politische Linke, die sich sehr für die Palästinenser eingesetzt hat. Jetzt wollen wir doch einfach nichts anderes, als uns einmal mit diesem Thema zu beschäftigen. Das Thema ist hochaktuell. Gerade das, Frau Ditfurth, müsste doch in Ihrem Interesse sein, in einer Zeit, in der hochrangige Politiker allen Ernstes darüber nachdenken, deutsche Soldaten nach Israel zu schicken. Sie müssten doch ein allergrößtes Interesse daran haben, nicht nur nach Regierungsinteresse, sondern sich selbst einmal allgemein über die Lage vor Ort zu informieren, weil es ein Dauerbrenner ist und weil dieser Dauerbrenner bald zu explodieren droht. Stattdessen verweigern Sie sich, stattdessen verbreiten Sie nur Ihre übliche politische Propaganda, Halbnazis sagen Sie. Sie stören sich an der Person von Herrn Möllemann, als wäre dieser der große Antisemit. Jetzt haben wir Republikaner schon einmal einen Politiker einer Partei genommen, die immer sagt, sie sei demokratisch und damit betont, wir seien es angeblich nicht. Jetzt nehmen wir einen Demokraten, da ist es auch wieder nicht recht. Das, Frau Ditfurth, hätte man auch im Vorfeld klären können. Hätten Sie in der Ausschussrunde gesagt, den Möllemann wollen wir nicht, nehmen wir einen anderen, dann hätten wir dem zugestimmt. Aber das ist das Übel. Sie verweigern sich jeder Diskussion und dann

uns auch nicht, sondern der Herr hinter Ihnen.

Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
meine Damen und Herren!

Ich weiß nicht, ob Sie ermessen können, wie betroffen ich ob dieser Diskussion bin, die sich hier als eine sehr seltsame Diskussion darstellt. Ich bin nicht über den Stil überrascht, den diese Dame zur Linken benutzt hat. Herr Hübner hat dazu eine Aussage getroffen, die in der Tat zutreffend ist. Ich finde es nur in hohem Maße beleidigend, wie Sie die politische Kraft klassifizieren, die vor fünf Jahren mit Ignatz Bubis als Spitzenkandidat hier in dieses Parlament eingezogen ist.

(Beifall)

Ich denke, es entspricht Ihrem Stil, diese Hetztiraden losgelassen zu haben. Deshalb habe ich auch kein Interesse, weiter darauf einzugehen. Ich sehe auch keine Notwendigkeit, mich vor oder hinter meinen Parteifreund Jürgen W. Möllemann zu stellen, dazu ist er schon selbst in der Lage. Nur eins ist klar: Antisemit ist er nicht. Das hat selbst Herr Friedman festgestellt. Wenn das für Sie die höchste moralische Instanz ist, dann sage ich es Ihnen. Aber was mich besonders betroffen gemacht hat, mein lieber Günter Dürr, das ist die Tatsache, dass Sie zu dieser Hetztirade applaudiert haben. Ich habe Sie in der Vergangenheit als einen strategischen und sozialdemokratischen Denker empfunden, was Sie heute durch Ihren Applaus zu dieser Hetztirade abgeliefert haben, disqualifiziert Sie.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Danke, Herr Stein! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordnete Ditfurth.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-  
ARL:**

Ich stelle fest, und das fällt auf, dass niemand von denen, die jetzt meinten, sich distanzieren oder mich attackieren zu müssen, sich

inhaltlich auch nur auf ein einziges Argument bezogen hat.

(Zurufe)

Herr Stein, natürlich machen Sie mit dem Kollegen Möllemann Wahlkampf, das ist Kalkül. Man fährt zweigleisig, das ist das Spiel. Einerseits der alte Verweis auf Bubis, aber gleichzeitig Möllemann mit Antisemitismus brandstiften lassen. Ich habe nicht gesagt, Möllemann ist ein Antisemit, das ist mir auch vollkommen egal. Er benutzt Antisemitismus und er schürt ihn. Das ist das, was ich ihm vorgeworfen habe.

Ich habe an der Stelle abgebrochen, an der ich aufgezeigt habe, dass in diesem Haus in dieser Stadt seit langem eine Kette läuft und dass man sich nicht in einzelnen Debatten wundern muss, warum sich Antisemitismus in diesem Land ausweiten kann. Ich habe eine Kette aufgemacht, und ich werde mich weiter auf diesen Antrag der Republikaner beziehen, weil ich es für notwendig erachte, dass man denen wenigstens einmal im Jahr die Meinung sagen muss.

Daran könnten Sie sich hier vorne in der ersten Bank bei der CDU auch ein Beispiel nehmen. Ich glaube, Sie können es einfach nicht, weil Sie ihnen ideologisch zu nahe stehen, das ist Ihr Problem.

(Zurufe)

Walser, Fischer, Möllemann - Ernst Nolte hatte viele eifrige, sehr unterschiedliche, zugegebenermaßen leider auch erfolgreiche Schüler.

Im Antrag der Republikaner finden wir eine uralte Forderung der Nazis wieder, die Sie wahrscheinlich alle überlesen haben: „Alle laufenden Zahlungen Frankfurts in Richtung Israel werden eingefroren“. Die tatsächlichen Kriegsverbrechen der gegenwärtigen israelischen Regierung unter Sharon in den palästinensischen Gebieten sind für die Halbnazis in diesem Haus nur ein Alibi für etwas, das sie schon immer wollten: Nämlich die deutsche Schuld leugnen und keine Entschädigungen an Israel zahlen. Natürlich folgt im Antrag der Republikaner, auch noch das, wovon alle deutschen Nazis träumen seitdem es den Staat Israel gibt: Israel zu boykottieren.

ren. Hier ist das Motto: Reist nicht zu Juden. Auch das haben die CDU und die FDP übersehen oder dulden es wohlwollend. Widerlich ist auch der Vorschlag, Besucherinnen und Besucher aus Israel - unter ihnen, soweit ich weiß, auch viele vor Nazi-Deutschland geflohene frühere Frankfurter Juden, bei jedem Besuch mit einer antisemitischen Resolution zu behelligen - die natürlich nicht beschlossen werden wird, denn selbstverständlich ist der Antrag der Republikaner abzulehnen. Das werden Sie auch tun, aber Sie werden wahrscheinlich nicht im Einzelnen begründen können, warum. Das ist schlimmer, als das richtige Nein. Deutsche Politikerinnen und Politiker haben kürzlich überlegt, Truppen in den Nahen Osten zu entsenden, damit das an den NS-Faschismus erinnernde Bild nicht aufkommt, dass sich deutsche Kanonen gegen Jüdinnen und Juden richten, können deutsche Waffen dann in eine Richtung zielen, gegen die Palästinenserinnen und Palästinenser. Aber wenn deutsche Waffen tatsächlich in Israel, gegen wen auch immer, eingesetzt würden, können sie überall auf der Welt eingesetzt werden. Dann ist jeder Bann gebrochen. Manche ehemalige Linke nutzen heute den Krieg Israels gegen die Palästinenser zu einem perfiden Schulterschluss, unter ihnen die so genannte antideutsche Linke, die durch die hirnlose Überidentifikation mit dem israelischen Staat und mit der perfiden Behauptung, die Lektion aus den deutschen Verbrechen aus dem NS-Faschismus sei ausgerechnet die, auf der einen Seite den linken Israelis, die an ihrem Staat verzweifeln, und die noch immer Wege zu einer friedlichen Koexistenz mit den Palästinensern suchen, und auf der anderen Seite vor allem den Palästinensern in den Rücken zu fallen, nur damit sie, diese ehemaligen linken Deutschen, ihren Frieden mit den kapitalistischen Verhältnissen und mit Deutschland machen können.

Es gibt viele Fronten in diesem Krieg. In einer Zeitschrift der DKP, dem Rotfuchs, las ich im Leitartikel Möllemanns Parole, übertragen auf Sharon: Sharon sei ein Antisemit. Durch den Text waberte auch hier: Sharon ist schuld, wenn in Berlin oder Frankreich jüdische Friedhöfe geschändet und Synagogen angegriffen werden, aber auch das heißt nichts anderes als immer das gleiche antisemitische klassische Stereotyp: Die Juden sind schuld am Antisemitismus. Nichts anderes hat Möl-

lemann gesagt und ähnlich trabt jetzt auch Blüm hinterher.

Sie sollten vielleicht bei Ihren parteierben Werten in der CDU nicht nur das turbulente wagnerianische Dauerklatschen und das Hirn abstellen lernen, sondern vielleicht auch einmal überlegen, ob nicht hier der Ort wäre, zu argumentieren. Wenn man es nicht kann, ich sehe es ein. Blüm kritisiert nicht etwa Israels Politik, wofür es gute Gründe gäbe, sondern Blüm nutzt seine scheinbare Kritik nur, um zwei Kategorien unterzubringen in der öffentlichen Diskussion: Das Wort „Auschwitzkeule“, den unmissverständlichen positiven Bezug auf Walser und Vernichtungspolitik, also den unmissverständlichen Bezug auf die NS-Kategorie der Vernichtung. Beides will er lancieren und nur darum geht es ihm und nicht um irgendeine, vielleicht berechnete, Kritik an Israel. Wenn ich Sharons Politik, die Okkupation, die Verbrechen an der palästinensischen Zivilbevölkerung, kritisieren will, dann tue ich das, egal wo ich bin. Denn ich kann es begründen. Meine Maßstäbe, wie ein Mensch leben können soll, wie frei, wie unversehrt, ändern sich nicht durch die Unterwerfung unter die Interessen des deutschen Kapitals, gemeinhin Standortinteressen oder deutsche außenpolitischen Interessen genannt, sie ändern sich nicht abhängig vom Zufall Ihres Geburtsorts und ihres oder meines Passes, oder des Passes, den ein Mensch mehr oder weniger zufällig besitzt. Viele missbrauchen die Situation der Palästinenser, während es ihnen in anderen Teilen der Welt, in Lateinamerika etwa, vollkommen gleichgültig ist, wie viele Zivilisten vom Militär massakriert werden. Ob mit deutscher Hilfe oder nur mit US-amerikanischer. Ein gewisser Herr Blüm, der selbe, den ich oben kritisiert habe - ich habe leider ein gutes Gedächtnis -, hat genau 14 Jahre gebraucht, exakt bis 1987, bis er milde Kritik an den Massakern Pinochets von 1973 in Chile geäußert hat. Milde, wie wir vom CDU-Mann Bruno Heck damals gehört haben, schien nur stets die Sonne im Stadion von Santiago.

Die israelische Gesellschaft ist eine vielfältig und zutiefst sozial gespaltene Gesellschaft. Nicht alle Israelis sind Juden. Nicht alle Juden sind Israelis. Nicht alle Zionisten sind Israelis. Nicht alle Israelis sind Zionisten. Bei weitem nicht alle israelischen Staatsbürger, seien sie nun jüdischen, christlichen, musli-

mischen oder gar keinen Glaubens, haben die Regierung Sharon gewählt. Ihre zentrale Forderung ist: Zurücknahme der Besetzung, der Okkupation palästinensischer Gebiete. Aus diesen Kreisen kommt die fundierteste Kritik am israelischen Imperialismus und Militarismus. Ohne die Rücknahme der Okkupation gibt es keine Lösung des Nahostkrieges. Aber wer sich auf den Konflikt dort bezieht, muss die Lage tatsächlich analysieren und nicht seine deutschen Befindlichkeiten und seinen perversen Umgang mit der deutschen Geschichte auf diesen Konflikt projizieren.

Es leuchtet jetzt hier die gelbe Lampe, deswegen werde ich es ganz kurz machen.

(Zurufe)

Nur ein paar Sätze noch.

Dass es so vielen Menschen im Nahen Osten dreckig geht, ob als Opfer von Selbstmordattentaten oder unter israelischen Panzern, ist auch Folge deutscher Verbrechen: Warum konnten so viele Juden in ihrem neuen Staat Israel zum ersten Mal sicher sein vor antisemitischer Verfolgung? Das Land, in das sie kamen, war nicht leer und das ist eine der komplizierten historischen Wurzeln.

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Frau Stadtverordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende, ich bitte Schluss zu machen.

(Beifall)

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-  
ARL:**  
(fortfahrend)

Bitte, zwei Sätze noch. Ich lasse alles weg und bitte nur noch um zwei Abschlusssätze, die Sie anderen auch öfter gewähren.

Mosche Zuckermann, Professor für deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv, nennt die Beziehung zwischen Israel und Palästinensern ein Herr-Knecht-Verhältnis und so ist es zu analysieren. Herr-Knecht-Verhältnisse werden von völkischen Definitionen des Selbstbestimmungsrechtes allerdings nur stabilisiert. Letzter Satz: So gesehen kenne ich nur eine Art von Solidarität, die kritische

Solidarität, die zum Antrieb hat, Verhältnisse herzustellen, in denen kein Mensch ein geknechtetes gedemütigtes Wesen mehr ist, egal wo dieser Mensch lebt.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit, für die, die aufmerksam waren. Die anderen haben sich selbst geschadet.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Halberstadt, PDS.

**Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:**

Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren!

(Zurufe)

Einen kleinen Moment Herr Frank, ich habe gerade erst guten Tag gesagt.

Ich hatte nicht vor, hier zu sprechen, weil ich mir dachte, das landet in einer aufgeladenen Atmosphäre, wie wir sie jetzt hier haben. Das aber ist dieser Thematik absolut abträglich. Ich denke, diese ungeheuer komplexe Situation, die sich da in Nahost entwickelt hat, kann hier in diesem Rahmen kaum umfassend erörtert werden, dafür ist hier nicht Gelegenheit.

(Beifall)

Aber, was natürlich in der Tat durchaus angesprochen werden kann, ist ein latenter fortwirkender Antisemitismus, der in der Bevölkerung, auch in der Bundesrepublik und in Österreich mehr und stärker vorhanden ist, als in anderen Ländern. Dies vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte, verbunden mit dem, was aus der Geschichte überliefert und heute noch wirksam ist. Ich nenne Ihnen dazu nur ein Beispiel. Man könnte viele hinzufügen. Als damals die Alte Oper in Frankfurt eröffnet wurde, hat eine Gruppe jüdischer Freunde dort ein Flugblatt verteilt. In diesem Flugblatt haben sie auf etwas aufmerksam gemacht, was die damaligen